

Egon Bahr: Deutsche Interessen.
Streitschrift zu Macht, Sicherheit und
Außenpolitik, Karl Blessing Verlag
München 1998, 158 S. (24,90 DM)

Die russische Währungs- und Führungskrise im Sommer 1998 hat es bestätigt: Die Blockkonfrontation ist zwar beendet, die Welt aber keineswegs in Ordnung. Nur wenige Politiker des linken politischen Spektrums – Ausnahme wäre noch Joschka Fischer¹ – machen es sich zur Aufgabe, über die Grundkoordinaten deutscher Außen- und Sicherheitspolitik nachzudenken. Wenn gar noch über deutsche Interessen reflektiert wird, dann bedarf es schon der Abgeklärtheit und Angriffslust eines Egon Bahr. Der strategisch-theoretische Kopf einer ganzen Epoche sozialdemokratischer Außenpolitik und zuletzt langjährige Direktor des Hamburger Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik bestätigt in der vorliegenden Streitschrift seinen Ruf als Kenner der Materie und Vordenker einer konsequenten Abrüstung in einer nicht nur europäischen Friedensordnung.

Für die noch ausstehende knappe Zeit bis zum Inkrafttreten des Vertrages über die konventionellen Streitkräfte in Europa und die wahrscheinliche Aufnahme dreier osteuropäischen Staaten (Polen, Tschechien, Ungarn) in die NATO sieht er eine erfreuliche »Nicht-Entschiedenheit«, die als »Fenster der Gelegenheit« für alternative Ansätze genutzt werden sollte (S. 142). Das ist neben allen Erfordernissen der realen Politik auch eine Konterstellung zur verbreiteten Meinung in der Bundesrepublik, daß »die Sicherheitspolitik keinen Hund mehr hinter dem Ofen hervorlocke« (S. 16).

Bahr ist kein Träumer. Seine Prämissen sind klar. Außen- und Sicherheitspolitik bleiben auch nach dem Epochenwechsel »Schicksalsfragen der Völker« (S. 9) und sind für ihn immer noch Machtpolitik. B. erinnert daran, daß die Welt in einem globalen Umbruch steckt, der nur sehr lange vom Ost-West-Konflikt verdeckt wurde. Technologisierung und Globalisierung wirken. »Daß sich der Kapitalismus, befreit von dem lästigen Konkurrenten im Osten, der sich zu Recht mit einem Winseln aus der Geschichte verabschiedet hat,

nun ungehemmt der Gewinnmaximierung zuwenden kann, hat die Entwicklung nicht ausgelöst, sondern nur beschleunigt.« (S. 14)

In diesem auch politisch nach 1989/91 veränderten Umfeld gelte es, die neuen Interessenlagen genau zu bestimmen. Die brauchen im Unterschied zu den USA für Deutschland keineswegs global ausgelegt sein. Trotz einer notwendigen Abstufung reichen sie bei ihm jedoch weit. Er unterscheidet drei Ebenen dieser Interessenlage. Seine »Analyse deutscher Interessen ergibt:

Erstens *vital*: verhindern, daß wieder eine Bedrohungsmacht im Osten entsteht; positiv: die Stabilität Gesamteuropas erreichen.

Zweitens *herausragend*:

- a) die globale Handlungsfähigkeit Europas anstreben;
- b) Vertiefung und Erweiterung bestehender Institutionen betreiben;
- c) die nordatlantische Sicherheitsstruktur erhalten;
- d) die UN stärken.

Drittens *wichtig*: Stabilitätsbemühungen im Kaukasus und in Mittelasien, im Nahen und Mittleren Osten unterstützen; zur Gesundung Afrikas südlich der Sahara beitragen; die Wirtschaftsinteressen in Südostasien fördern.« (S. 25)

Bemerkenswert sind dabei drei Argumentationslinien B.s: *Erstens* die Einsicht, daß das Schicksal Rußlands für Deutschland und Europa ausschlaggebend ist. Eine Ausgrenzung dieser Macht, auch durch die Osterweiterung der NATO in den sensiblen russischen Nachbarregionen, könnte verhängnisvoll sein und es tatsächlich wieder zu einer Bedrohung machen. Ebenso hält B. nichts von dem irriren Händereiben im Westen angesichts der Krisen, das aus der Hoffnung genährt würde, daß ein mit sich selbst beschäftigtes Rußland keine Gefahr sei. »Gerade weil wir das militärische Gewicht ... verringern wollen, liegt uns an einer Gesundung Rußlands, damit es sich seiner selbst sicher auf kooperative Einbeziehung in Europa einlassen kann und nicht auf Konfrontation ausweichen muß.« (S. 28/29)

Zweitens plädiert B. für ein vorsichtiges Abnabeln von den USA. Bislang sei es bedingt durch die europäische Unfähigkeit zu gemeinsamer Außen- und Sicherheitspolitik

noch so, daß »das luxuriöse Protektorat (der USA) mit so großzügiger Mitbestimmung« existiere, auch wenn es Schlimmeres gebe (S. 36/37). Ein wirtschaftlich weiter erstarrendes und durch den Euro – bei allen Problemen – zur Weltmacht werdendes Europa werde »als handlungsfähiges Europa ... zum Konkurrenten Amerikas« (S. 31). Auch deshalb sei es nötig, daß Europa sich machtpolitisch seiner Stärke bewußt werde und entsprechend agiere. Solange die USA aber den Europäern die Verantwortung abnehme und diese sich das bereitwillig gefallen lassen, solange bleibt Europa gebremst und erfülle seine Verpflichtungen nicht.

Drittens setzt sich B. für die Verringerung der militärischen Stärke ein. Er argumentiert nicht zu den entsprechenden Vorschlägen seines Hamburger Instituts². Aber er fordert ganz klar eine deutliche Reduzierung der Bundeswehr. Er will eine Ordnung, »in der das Militär nicht mehr gebraucht wird, um Kriege zu führen oder Kriege zu beenden. Militärisch ist Deutschland eine schwache Macht. Es gibt stärkere Staaten. Es wäre gut, einen Zustand zu erreichen, in dem militärische Stärke keine ausschlaggebende Rolle mehr spielt.« (S. 27)

Leider setzt sich B. nicht mit den noch »sinnvollen« militärischen Einsätzen auseinander. Der Bundeswehr-Einsatz in Bosnien wird positiv gewertet. Hier scheint eine kritischere Wertung angebracht, da generell nach dem Sinn militärischer »Konfliktlösungen« – auch bei friedenserhaltenden und gar -erzwingenden Maßnahmen – gefragt werden sollte.

B. will klar den Interessenmaßstab an die Stärke der Bundeswehr anlegen und da wären für ihn 250.000 oder 200.000 oder auch weniger allemal genug. Dann könnte auch die allgemeine Wehrpflicht abgeschafft werden. Seiner Meinung nach sind auch die immer angeführten innenpolitischen Gründe (Schule der Nation, Einfordern von Pflichten für die Gesellschaft) erledigt.

Im Kontext der militärischen Seite der Sicherheit erinnert B. daran, daß auf dem Boden der Bundesrepublik immer noch US-amerikanische Kernwaffen stationiert sind. Auch wenn er nicht an die völlige Abschaffung der Kernwaffen durch die Kernwaffenmächte glaubt, nur an ihre drastische Redu-

zierung auf vielleicht 1.000 oder 500 tödliche Sprengköpfe, hält er sie in Deutschland für völlig überflüssig und potentiell gefährlich.

Was B. will, ist ein politisch einheitlich handelndes Europa – von Lissabon bis Wladiwostok. Das könne die dafür ungeeignete NATO nicht ersetzen, eher stehe die OSZE für eine solche umfassende Herangehensweise, auch wenn sie gegenwärtig dazu nicht in der Lage sei. Aber nur so könnte Europa seiner Verantwortung als Weltmacht gerecht werden.

Gerade in diesen Schlußfolgerungen werden allerdings die Probleme sichtbar, denen B. ausgesetzt ist. Einerseits hat er Illusionen hinsichtlich des wünschenswerten, aber noch nicht absehbaren gesamteuropäischen »Qualitätssprung(s) zu einer Regierung unter Kontrolle des Parlaments mit Nationalstaaten, die zu Ländern ohne letzte Entscheidung über Außen-, Sicherheits- und Währungspolitik werden« (S. 35). Gerade angesichts der Globalisierung und der bereits erfolgten wirtschaftlichen Entmündigung der Nationalstaaten dürfte eher die Rückkehr zu einer – wahrscheinlich bornierten – Nationalstaatlichkeit die nächsten Jahre prägen. Auch eine erhoffte engere Zusammenarbeit von Deutschland und Frankreich oder die Schaffung einer »europäischen Souveränität« würden daran nichts ändern und die Probleme eher verdecken als lösen helfen. Zum andern negiert B. zu sehr die differenzierte Politik, Ökonomie und Interessenlage der einzelnen europäischen Staaten. Die kennt natürlich auch B. und er postuliert, daß z.B. »das Interesse der Stabilität ... auch Staaten mit unterschiedlichen Wertvorstellungen einschließen (muß)« (S. 69). Aber selbst bei den von ihm beschriebenen Interessen Deutschlands ist offenbar, daß auch andere Mächte in den gleichen Regionen Interessen haben und sie oft auch gegen andere Staaten und deren Wirtschaft durchsetzen wollen. Das ändert natürlich nichts daran, daß Deutschland und die anderen europäischen Staaten jeweils einzeln wie gemeinsam »eine stabile gesamteuropäische Friedensordnung« als Ziel haben (S. 28).

Trotz dieser Einschränkungen hat B. völlig recht: »Stabilität durch Gewaltverzicht ist die Voraussetzung für Wohlstand.« (S. 139) Dafür bedarf es eines Politikwechsels, wahrscheinlich eines höheren Maßes an Übereinstim-

mung auch der wirtschaftlichen und vor allem sozialen Interessen der einzelnen Partnerländer sowie politischer Aktivität nicht nur der Diplomaten.

- 1 Siehe Fischer, Joschka: Risiko Deutschland. Krise und Zukunft der deutschen Politik, München 1995.
- 2 Siehe Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH): Die Europäische Sicherheitsgemeinschaft: Das Sicherheitsmodell für das 21. Jahrhundert. Hrsg.: Stiftung Entwicklung und Frieden. EINE Welt. Texte der Stiftung Entwicklung und Frieden. Bd. 15. Bonn 1995 – siehe meine Rezension in: UTOPIE kreativ, Berlin, H. 77 (1997), S. 88-90.

STEFAN BOLLINGER

Andy Croft (Hrsg.): *A Weapon in the Struggle. The Cultural History of the Communist Party in Britain*, London Pluto Press 1998.

Die elf Aufsätze dieses Sammelbandes leisten einen wichtigen Beitrag zur Aufarbeitung und Neubewertung der Kulturgeschichte der Kommunistischen Partei Großbritanniens, die noch immer in der britischen Kulturkritik bis auf wenige Einzelstudien entweder gänzlich ignoriert oder als ideologisierte Parteipropaganda geschmäht wird. Angesichts des Scheiterns des einst hoffnungsvollen Projekts Realsozialismus ist es das Verdienst der Autoren, sich der Frage nach dem »Was bleibt?« gestellt und das Bewahrenswerte dieser nicht widerspruchslosen, aber dennoch emanzipatorischen Kulturtradition der KP seit den dreißiger Jahren sinnfällig gemacht zu haben.

Der Band zeichnet sich durch einen im Sinne von Raymond Williams geprägten breiten Kulturbegriff aus, wodurch der Leser einen vielschichtigen Einblick erhält in die Vielfalt der kulturellen Aktivitäten der der KP angehörenden und mit ihren Ideen sympathisierenden Intellektuellen und ArbeiterInnen. Diese Kulturproduktion umfaßte proletarisch-revolutionäre Literatur, die Anfänge einer marxistischen Literaturkritik, Musik, Theater, Film, politische Karikaturen u.v.m. Die fundierten Materialstudien und engagierten Interpretationen verdeutlichen den außerordentlichen Einfluß, den kommunistische Ideen und Parteiengagement in den dreißiger Jahren unmittelbar und mittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg auf das britische Kultur-

leben hatten und Menschen unterschiedlichster sozialer Prägung dazu inspirierten, ihre Interessen zu artikulieren und sich als historische Subjekte zu emanzipieren. Sie illustrieren eine der zentralen Thesen des Bandes, daß der Beitrag der KP zu einer demokratischen menschenwürdigen Welt auf kulturellem Gebiet weitaus nachhaltiger war, als dies am unmittelbaren politischen Einfluß der Partei auf das politische Leben in Großbritannien in den 70 Jahren ihrer Geschichte zu erkennen ist. Darüber hinaus bekräftigen sie eine weitere These, daß zumindest in der Zwischenkriegszeit eine proletarisch-revolutionäre Kulturtradition und eine breite antifaschistische Volksbewegung existierte, was auch heute noch in den meisten kulturhistorischen Studien entweder bestritten oder ignoriert wird. Wenngleich der Band keine umfassende Aufarbeitung der Kulturtradition der KP bieten kann, so ist es dennoch bedauerlich, daß nur mit dem einfühlsamen Aufsatz von Maroula Joannou zu der lesbischen Feministin und Kommunistin Sylvia Townsend Warner der Beitrag von Frauen an der Ausprägung einer linken Kulturtradition gewürdigt wird. Die Analyse des immensen Einflusses der KP auf viele Frauen in der Zwischenkriegszeit wie z.B. Vera Brittain, Winifred Holtby oder Naomi Mitchison verdeutlicht die Vielfalt der Vorstellungen von Frauenemanzipation im Zusammenhang mit den sozialen und politischen Kämpfen dieser Zeit, die mögliche Bausteine für eine neue Kultur bieten können.

Alle Autoren sind um eine kritische Neubewertung des widersprüchlichen kulturhistorischen Erbes der KP bemüht, die, wie Andy Croft im Vorwort betont, bei allen positiven Ansätzen fast sklavisch der totalitären und dogmatischen Kulturpolitik der KPdSU und ihren nahezu militärischen Organisationsstrukturen folgte. Es ist einerseits zu begrüßen, daß der Band nicht bei einer Glorifizierung des Gegenstandes stehenbleibt. Andererseits ist die Kritik an der undemokratischen und vulgärmarxistischen Kulturpolitik der KP, die die Mehrzahl der Autoren für deren letztendliches Scheitern nach dem Zweiten Weltkrieg verantwortlich macht, zu einseitig, da sie die aus der UdSSR importierten Impulse pauschal als kontraproduktiv einschätzt und nur ungenügend den vielfältigen

künstlerischen Innovationen sowie kulturpolitischen Initiativen Beachtung schenkt. Hanna Behrends Analyse der marxistischen Literaturkritik der dreißiger Jahre bietet diesbezüglich einen sinnvollen methodologischen Ansatz. So benennt sie zwar auch die normative Übernahme des mechanistischen Widerspiegelungsmodells in den Arbeiten von Alick West, Ralph Fox oder Christopher Caudwell, zeigt aber gleichwohl, wie diese Kritiker versuchten, in Anlehnung an die romantische Kulturtradition die Spezifik der ästhetischen Erfahrung und der Literaturverhältnisse herauszuarbeiten. Viele der von ihnen aufgeworfenen Fragen, wie z.B. die Relativität des künstlerischen Wertes von Literatur, die Polyfunktionalität von Kultur oder die gesellschaftliche Funktion von Sprache, verdeutlichen die schöpferische Modifizierung der Lukács'schen Literaturtheorie und machen sie zu Pionieren in der Tradition der linken Literaturkritik.

Darüber hinaus marginalisiert der Band die Vielzahl der Einflüsse, die die marxistische Kulturtradition seit den dreißiger Jahren bereicherte. Viele sozialistische und linke SchriftstellerInnen zwischen den Weltkriegen knüpften an die bis ins 18. Jh. zurückreichende Tradition der englischen Arbeiterklasse wie auch an die radikal-bürgerliche Romantik an und erreichten so mit ihren Büchern einen breiten Leserkreis, der sich in den Problemen und Hoffnungen, aber auch in der Sprache dieser Literatur wiederfand. Andere AutorInnen, wie z.B. Sylvia Townsend Warner oder Naomi Mitchison, integrierten in ihren Büchern neue Themen (die Emanzipation der Frau, Homosexualität) und experimentierten mit modernistischen Erzähltechniken. Diese Literatur inspirierte eine breite demokratisch-antifaschistische Kultur, die ihre Spuren bis heute hinterließ. Eine umfassende kritische Aufarbeitung unseres kulturhistorischen Erbes sollte das Augenmerk besonders auf diese Ansätze richten, die das emanzipatorische Anliegen der Linken nachhaltig beförderten und befördern können.

STEPHAN LIESKE

Wissenschaftshistorische Adlershofer Splitter 4. Zur Geschichte physikalischer, technischer und mathematischer Institute der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin in Berlin-Adlershof bis zum Ende der 1960er Jahre, Berlin 1998, 221 S.

Seit Mitte der neunziger Jahre befaßt sich eine kleine Forschungsgruppe der WITEGA Wissenschaftlich-technische Gesellschaft Adlershof e.V. mit der Aufarbeitung der Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR (AdW) am Standort Berlin-Adlershof. Die Gruppe sichtet Archivmaterialien, sammelt Dokumente und Fotos, befragt Zeitzeugen und regt sie an, ihre Erinnerungen an die früheren Forschungsstätten der AdW zu Papier zu bringen. Ziel der Forschungsgruppe ist allerdings nicht die Erarbeitung einer geschlossenen Abhandlung der Adlershofer Geschichte der AdW, sondern das Zusammentragen von Mosaiksteinchen zu einer solchen Geschichte.

Die Ergebnisse dieser mühsamen Arbeit werden seit 1996 in der von der WITEGA herausgegebenen Reihe »Wissenschaftshistorische Adlershofer Splitter« präsentiert. Das erste Heft befaßt sich mit der Geschichte chemischer Forschungsstätten der Deutschen Akademie der Wissenschaften (DAW) zu Berlin in den fünfziger und sechziger Jahren, das zweite Heft war der Entwicklung des Heinrich-Hertz-Instituts in den Jahren 1950 bis 1991 gewidmet, und das dritte Heft konzentrierte sich auf das Wirken der Forschungsgemeinschaft der naturwissenschaftlichen, technischen und medizinischen Einrichtungen der DAW.

Ende 1998 hat nun das Heft 4 dieser Reihe das Licht der Welt erblickt. Es spiegelt die Geschichte physikalischer, technischer und mathematischer Forschungsstätten der Deutschen Akademie der Wissenschaften am Adlershofer Standort von Anfang der fünfziger bis Ende der sechziger Jahre in Form von Dokumenten, Erinnerungen, Fotos und biographischen Materialien wider und trägt so wie seine Vorgänger zur Sicherung und Dokumentation der Wissenschaftsgeschichte

im Südosten Berlins bei. Wie schon die vorangegangenen Hefte belegt auch der neue Band auf anschauliche Weise, daß die Wissenschaftslandschaft der DDR keineswegs eine Wüste war, wie nach 1989 aus Westsicht vielfach behauptet.

Das Heft 4 der »Splitter« behandelt vor allem die Institute für Optik und Spektroskopie, für Kristallphysik, für Gerätebau, für spezielle Probleme der theoretischen Physik und für reine Mathematik. Die Erinnerungen von Johannes Teltow an Ostap Stasiw und an das Institut für Kristallphysik und diejenigen von Rolf Riekher an die Ursprünge des Instituts für Optik und Spektroskopie zeichnen ein besonders plastisches Bild der Akademiegeschichte in Adlershof. Biographische Skizzen sind den mit Adlershof verbundenen Wissenschaftlern Robert Rompe, Ernst Lau, Rudolf Ritschl, Paul Görlich, Hans Jancke, Gustav Richter, Otto Hachenberg und Ludwig Mollwo gewidmet. Graphische Übersichten zur Entwicklung der Struktur der Forschungsstätten schließen den Band ab.

Vergleicht man das jetzt vorgelegte Heft mit Heft 1, fällt auf, daß nun Dokumente, Erinnerungen, biographische Materialien und Fotos nach Instituten geordnet sind. Die historischen Splitter oder Mosaiksteinchen fügen sich so zu einem losen Bild der jeweiligen Forschungsstätte, das zwar viele Lücken aufweist, aber dennoch einen schlüssigen Gesamteindruck vermittelt. Der Leser, besonders derjenige, der nicht selbst in Adlershof tätig war, vermißt trotzdem zu den einzelnen Forschungseinrichtungen einige klärende redaktionelle Vorbemerkungen, die insbesondere die veröffentlichten Dokumente zueinander in Beziehung setzen und in eine knappe Skizze der Institutsgeschichte einordnen sollten. Eine solche Vorgehensweise könnte die Hefte der Reihe »Wissenschaftshistorische Adlershofer Splitter« abrunden und ihnen einen breiteren Leserkreis in der gesamtdeutschen Wissenschaftsgemeinschaft sichern.

MATTHIAS WITTENBERG

Wladimir Bukowski: Moskowskij process. Der Moskauer Prozeß. Russkaja mysl - Izdatel'stvo MIK, Paris - Moskwa 1996, 525 S.

Auf der Grundlage von über 3 000 Seiten der Originaldokumente aus dem nunmehrigen Präsidialarchiv der Russischen Bundesrepublik hat der Ende 1976 gegen Luis Corvalán ausgetauschte und in England lebende Bukowski die historisch-politische Vorgeschichte des Gerichtsprozesses gegen die KPdSU (1992) beschrieben. Ungeachtet der umfassend dokumentierten Historie, der zahlreichen vollständig oder auszugsweise wiedergegebenen Akten des Präsidiums der KPdSU, des KGB, des Außen- und des Innen- sowie des Verteidigungs- und des Gesundheitsministeriums, ist das Buch eine einseitige politische Streitschrift. Ihr Verfasser gibt sich allerdings auch nicht den Anstrich eines über den Parteien stehenden Wissenschaftlers, sondern er sagt unverblümt, daß er parteiisch urteilt. Als Egon Bahr, der mit Bukowski bald nach dessen Austausch gegen Corvalán sprach, diesen darauf hinwies, daß Bukowskis Haltung in letzter Konsequenz zu der Empfehlung führe, »zum Krieg bereit zu sein und ihn auch zu führen«, bejahte Bukowski, »ganz ruhig und sachlich«. (Bahr, Egon: Zu meiner Zeit, S. 474)

Hier soll weder Bukowskis durch und durch antikommunistische politische Konfession analysiert werden, noch seine Darstellung (immer an Hand der Originaldokumente, in deren Wiedergabe der Wert der Publikation besteht) von innen- und außenpolitischen Schlüsselentscheidungen der Führungsgremien in der UdSSR z.B. in bezug auf die finanzielle oder militärische Unterstützung kommunistischer Parteien durch die KPdSU nach dem Zweiten Weltkrieg, auf die sowjetische Politik gegenüber Afghanistan, Polen, Ungarn; auf die Urteile des Autors über Chruschtschow, Breshnew, Andropow, Tschernenko, Gorbatschow und die diese umgebenden Leute, die Agonie des Systems; die »Nacht der Marodeure«, die sich am Zerfall der UdSSR z.T. maßlos bereicherten; sondern hier soll allein und ausschließlich angezeigt werden, daß sich Teile der dokumentarischen

Darstellung mit der »deutschen Frage« befassen.

Zu diesem Thema gibt es im Präsidialarchiv Rußlands Quellen. Geheimgespräche sind geführt, auf ihnen beruhende Aufträge protokolliert, jedoch nicht immer im Detail dokumentiert worden. Eine der Ausnahmen ist ein Bericht Juri Andropows vom 9. September 1969, in dem der damalige Vorsitzende des KGB über Geheimgespräche »einer Quelle des KGB« mit dem seinerzeitigen Direktor des Krupp-Konzerns, Graf Arnim von Zedtwitz informiert. Dessen (auf Gesprächen mit Bahr beruhende) Darstellung der Ansätze einer »neuen Ostpolitik« in der SPD, über die »Notwendigkeit, zuverlässige und direkte Verbindungen mit Moskau« herzustellen, verband Andropow mit der Mitteilung, daß auch »die Führung der zweiten herrschenden Partei in Westdeutschland, die CDU, Schritte zur Herstellung inoffizieller Kontakte zur sowjetischen Seite unternommen und ihre Bereitschaft zur Gesprächsführung erklärt hat. Die CDU wollte und führte ein »umfassendes und für beide Seiten außerordentlich nützlich Gespräch«. Andropows Schlußfolgerung: »Die Analyse der zur Verfügung gestellten Materialien bezeugt, daß die beiden führenden und miteinander konkurrierenden Parteien befürchten, daß ihr jeweiliger politischer Gegner die Initiative ergreift und die Beziehungen zur UdSSR normalisiert. Sie sind bereit, inoffiziell und ohne Publizität zu verhandeln, um ihre jeweiligen Positionen in der Gesellschaft zu festigen und ihr Prestige zu mehren. Deshalb hält es das Komitee für Staatssicherheit für zweckmäßig, die inoffiziellen Kontakte mit den führenden Politikern beider Seiten fortzuführen.«

In diesem Zusammenhang verwies Andropow auch auf die Haltung »industrieller Kreise der BRD, die sich für eine Normalisierung der Beziehungen zur UdSSR aussprechen« und schlug vor, die wirtschaftlichen Möglichkeiten der UdSSR stärker als bisher für die Förderung der außenpolitischen Absichten zu nutzen«.

Wie Bukowski mitteilt, haben alle an diesen Gesprächen beteiligten Seiten durchgesetzt, daß (bis auf einen einzigen verschleierte Hinweis in einer bundesdeutschen Zeitschrift auf diese Aufzeichnung) die Verhandlungen geheimgehalten worden sind. Angekündigte

weitere Dokumente über diese Geheimdiplomatie lassen zusätzliche Aufschlüsse über Positionen von SPD und CDU erwarten. Beide Parteien äußerten im Verlauf der Gespräche ihre Absicht, im Unterschied zu CSU-Politikern wie Strauß nicht die »chinesische Karte« spielen zu wollen.

Im angezeigten Band dokumentiert Bukowski weiterhin u.a. solche »deutschen Angelegenheiten« wie die »zeitweilige Überlassung von Dokumenten über die nazistische Vergangenheit des Kanzlers der BRD Kiesinger«, die »die deutschen Freunde« erhielten, und die geheimen Absprachen zwischen der UdSSR und der BRD über den Aufenthalt von Dissidenten wie Solschenizyn in der BRD oder die Gewinnung eines Politikers wie Genscher für die »neue Ostpolitik«. Die im Zusammenhang mit den Beiträgen über Wolfgang Harich in dieser Zeitschrift ebenfalls berührte zwielichtige Rolle des seinerzeitigen sowjetischen Diplomaten Michail Voslenskij, wird durch neues dokumentarisches Material Bukowskis erhärtet. Viele Wertungen und zahlreiche Dokumente in diesem Buch, das sich als politisches Geschäft versteht, sind unappetitlich, manches ist pikant, mit kritischer Distanz aufgenommen auch lehrreich als Einblick in die Küche, in der »große Politik« von Kleingeistern angeordnet worden ist.

GERD KAISER

Olaf Steffen:

Die Einführung des Kapitalismus in Rußland. Ursachen, Programme und Krisen der Transformationspolitik, Osteuropa – Geschichte, Wirtschaft, Politik, Bd. 16, Lit Verlag Hamburg 1997, 828 S. (98,80 DM)

Um es gleich vorwegzunehmen: was das vorliegende Buch gerade in der Gegenwart interessant macht, ist keineswegs sein übermäßiger, durch zahlreiche Wiederholungen und schier endlose Zitate (sogar aus Lehrbüchern – vgl. S. 444f.) aufgeblähter Umfang, sondern die aktuelle Lage in Rußland.

Angesichts der um sich greifenden Suche

nach Erklärungen dafür, daß die ›Einführung‹ von Kapitalismus und Konkurrenzdemokratie – die in den anderen ehemals staatssozialistischen Ländern, wenn schon nicht zu den gewünschten ›Erfolgen‹ so doch wenigstens zu leidlich funktionierenden Marktökonomien geführt hat – ausgerechnet in Rußland so gründlich fehlgeschlagen ist, erfreuen sich theoretisch ambitionierte Schriften natürlich großer Aufmerksamkeit. Und bezüglich der ausführlichen und mit jeder Menge Hintergrundinformationen angereicherten Analyse der verschiedenen Versuche, das sowjetische und später das rußländische Gesellschaftssystem marktwirtschaftlich zu transformieren, leistet Steffen beachtliches. Ausgehend von einer Untersuchung der Triebkräfte für die Perestrojka-Politik unter Gorbatschow zeigt der Autor kenntnisreich und unter Heranziehung einer Fülle von Material bemerkenswerte Kontinuitäten auf, die schließlich in eine ausgesprochen radikale Strategie zur ›Einführung des Kapitalismus in Rußland‹ unter Jelzin münden (vgl. u.a. S. 130ff.). Als die während der Regierungszeit Breshnews jahrelang herrschende wirtschaftliche Stagnation insbesondere unter dem Druck einer neuen Runde des Wettrüstens im Weltraum Anfang der achtziger Jahre in den Verlust wirtschaftlicher und vor allem militärisch-strategischer Konkurrenzfähigkeit überzugehen drohte, versuchte Gorbatschow den wirtschaftlichen Niedergang und die Gefahr des Verlusts weltpolitischer Geltung der Sowjetunion mit Hilfe einer Strategie zur wirtschaftlichen Dynamisierung abzuwenden. Unter dem Eindruck des immer deutlicher werdenden Scheiterns der Perestrojka schreiten die russischen Eliten schließlich zum äußersten. Durch die radikale Hinwendung zum Kapitalismus, als dem offensichtlich überlegenen Wirtschaftssystem, soll – selbst auf Kosten der nichtrußländischen Sowjetrepubliken – innerhalb historisch beispiellos kurzer Zeit die Konkurrenzfähigkeit zum Westen und damit die langfristige Rolle als ›Supermacht‹ gesichert werden (vgl. Teil D, Abschnitt 1).

Genauso grandios wie das Programm ist jedoch auch sein Scheitern. Warum dies eintrat bzw. eintreten mußte, das versucht Steffen in den vier Teilen (Einleitung, theoretische Grundlagen und Konzepte, ökonomische und

politische Ausgangslage und russische Markt-Transformationspolitik) seines Buches zu erschellen.

Ob das von ihm vorgestellte Theorem von der Notwendigkeit einer »Phase der ursprünglichen Akkumulation« (S. 22), das in den Abschnitten B/1 (vgl. S. 76 - 105) und C/1.3 (vgl. S. 254 - 300) umfänglich entwickelt wird, tatsächlich den Schlüssel zum Verständnis der Transformationsverwicklungen in Rußland liefert, muß allerdings bezweifelt werden – zumal dann, wenn dafür gleichzeitig weitreichende Geltung in bezug auf eine »allgemeine Theorie der Markt-Transformation ehemals realsozialistischer Gesellschaftssysteme« (S. 18) reklamiert wird. Ein kritischer Blick auf die Transformationsverläufe in den anderen mittel- und osteuropäischen Reformländern kann zumindest den Allgemeingültigkeitsanspruch des Ansatzes von Steffen nicht erhärten. Überhaupt ist die saubere kategoriale Trennung von »Theorien« (im streng wissenschaftlichen Sinne), »strategischen Konzeptionen« oder »Programmen« und realer »Politik« nicht unbedingt eine Stärke des Autors. Darüber hinaus gelingt es ihm nicht zu verdeutlichen, welche Konsequenzen das von ihm vertretene Paradigma für eine alternative Transformationspolitik hätte (vgl. u.a. 277, 297). Allein mit einer sehr berechtigten grundlegenden Kritik der »Schocktherapie«-konzepte, die eindrucksvoll und exemplarisch für den Fall Rußland geleistet wird, ist es vor allem dann nicht getan, wenn allen auf »mehr Staat« und einen längerfristigen Übergang setzenden Strategien einigermaßen hilflos die Abfuhr zuteil wird, daß sie eine »gradualistische Prolongierung der russischen Staatswirtschaft« im Sinn hätten, die »den Anforderungen des marktwirtschaftlichen Systemwechsels ... nicht gerecht (wird)« (S. 220).

In der Tat besteht der Wert der vorliegenden Studie nicht in der einigermaßen platten Feststellung, daß im Zuge einer marktwirtschaftlichen Transformation die im Staatssozialismus geschaffenen Produktionskapazitäten erst ihre kapitalistische Verwertbarkeit unter Beweis stellen müssen. Daß dies grundsätzlich unmöglich sein soll, weil sie einer »einzigartige(n), unverwechselbare(n) nicht-kapitalistische(n) Ökonomie« (S. 77) entstammen, überzeugt schon deshalb nicht,

weil die kapitalistische Produktionsweise in allen ihren historischen Entwicklungsstufen in der Lage war, selbst archaische Wirtschaftsweisen profitabel zu integrieren. Die Inwertsetzung von produktiven Ressourcen – unabhängig von der Art und Weise, wie diese geschaffen oder mobilisiert wurden – war noch nie ein un-überwindliches Problem für das Kapital. Und auch in Rußland findet Inwertsetzung allerdings auch, wie überall unter kapitalistischen Bedingungen, selektiv innerhalb einzelner Branchen (z.B. im Rohstoff- und Energiesektor), statt. Daß dabei auch Ressourcen und Produktionskapazitäten vernichtet werden, liegt in der Natur kapitalistischer (ungleichmäßiger) Entwicklung und stellt weder ein exklusives Charakteristikum der »ursprünglichen Akkumulation« noch der »Systemtransformation« dar. Die kapitalistische Durchdringung einer Gesellschaft braucht nicht nur Zeit, sie braucht zu ihrer Vollendung und Stabilisierung vor allem die Unterstützung staatlicher Institutionen.

Darin besteht aber genau das rußländische Problem – die überstürzte Radikalkur zum Kapitalismus hatte insbesondere den umstandslosen Rückzug des Staates aus der Verantwortung für das Wirtschaftsgeschehen zum Ziel. Das geradezu zwangsläufige Fehlschlagen eines solchen »Schocktherapie«Kurses eindrucksvoll und faktenreich am Beispiel Rußlands belegt zu haben, das ist die hier zu würdigende Leistung von Steffen. Es geht nicht um eine »postsozialistische ursprüngliche Akkumulation«, von der – wenn sie denn als politische Strategie angestrebt wird – höchst unklar ist, mit welchen Opfern sie einherginge, sondern um die (politische) Kunst, die Bedingungen der gesellschaftlichen Reproduktion kontrolliert und mit Augenmaß umzugestalten.

Wenn jedoch der Binnenmarkt (infolge einer radikalen Liberalisierung) von billigeren ausländischen Produkten mit zudem noch überlegener Qualität überschwemmt wird, wenn eine überstürzte Preisfreigabe eine Inflationswelle nach der anderen über die Produzenten und Konsumenten branden läßt und ihre finanziellen Ressourcen davonspült, wenn Staatsaufträge drastisch reduziert und die verbliebenen nicht bezahlt werden, wenn die Konvertibilität der einheimischen Wäh-

rung (und damit Kursstabilität und positiver Realzins) zum quasi alleinigen Gradmesser »erfolgreicher« Wirtschaftspolitik wird, dann kann sich kapitalistische »Produktion«, die immer die persönlichen Gewinnerwartungen der Produzenten zum Antrieb hat, nicht entfalten. Statt dessen setzen sich – wie Steffen dokumentiert (vgl. S. 177, 180, 205, 249, 262-264, 760ff.) – nicht zuletzt vermittelt über eine chaotische »Privatisierungsstrategie« Plünderungsmentalität und spekulativer »Kapitalismus« durch. Der Kapitalismus sucht sich »andere Wege« (S. 767). Die »neuen Russen« bereichern sich am Staat, in dem sie dessen Haushaltslöcher mit im Ausland geborgtem Geld finanzieren; bis die Regierung die Bedienung der Zinsen auf die Staatsobligationen aussetzen muß. Dann allerdings sieht es nicht nur für die Spekulanten schlecht aus. Die wachsende Nachfrage nach »harten« Devisen führt zu wachsendem Druck auf den Wechselkurs und schließlich ist eine Abwertung (und mit ihr die weiter steigende Nachfrage nach wertbeständigem ausländischen Geld) unvermeidlich. Die Wirtschaftskrise schlägt mit voller Wucht auf die ohnehin bereits verarmte Bevölkerung durch und die Regierung taumelt – zum wiederholten Male – in eine akute Führungskrise.

Die dieser neuerlichen Eruption vorhergehenden Entwicklungen hat Steffen in seiner Kritik an der rußländischen Variante der »Schocktherapie« facettenreich und mit großer Präzision beschrieben, die richtigen theoretischen Schlüsse jedoch hat er daraus mit einiger Sicherheit nicht gezogen.

HEINZ LAMBARTH

Wolfgang Dietrich:
Periphere Integration und Frieden
im Weltsystem. Ostafrika,
Zentralamerika und Südostasien im
Vergleich, Promedia Wien 1998,
328 S. (48,00 DM)

Im vorliegenden Buch präsentiert Wolfgang Dietrich – seit 1995 Direktor des European University Center for Peace Studies in Stadtschlaining und Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Österreichischer Lateinamerikaf-

orschung – die Resultate eines dreijährigen Forschungsprojektes, das eine kritische Überprüfung der (in Europa) gängigen Paradigmen zum Zusammenhang von Integrations- und Friedenspolitik zum Gegenstand hatte.

Der Studie vorangestellt ist das eindringliche Plädoyer des Autors für »transdisziplinäres Arbeiten« als Grundvoraussetzung wissenschaftlicher Erkenntnis. »In einer Zeit, in der manches darauf hindeutet, daß das kapitalistische Weltsystem in jene Phase der wilden Amplitudensprünge eingetreten ist, die das Ende seines Systemcharakters einläuten, in einer Zeit, in der die Schwankungen politisch und intellektuell immer größer und unberechenbarer werden und Ergebnisse stets unbestimmter scheinen, ist disziplinärer Kleinmut eine mögliche Verhaltensweise für traditionelle Geistes- und Sozialwissenschaften. (...) Das Heben des apokalyptischen Schleiers verlangt eine klare Hinwendung zum Orientierungswissen (im Unterschied zum disziplinären reinen Verfügungswissen - AH.) – und dies kann nur auf breitester Basis, also weder multi- noch inter-, sondern ausschließlich transdisziplinär gewonnen werden« (S. 12 und 17).

Als erklärter, aber nach eigenem Bekenntnis »undogmatischer« (vgl. S. 16) Anhänger der im wesentlichen von Immanuel Wallerstein entwickelten »Weltsystemtheorie« lehnt Dietrich zunächst explizit die »gesamte neosmithianisch-marxistische Diskussion um eine Stufenlehre der Geschichte« (S. 15) ab und wendet sich der Analyse von langen Zyklen und Zeitbegriff im »Weltsystem« zu. Nachdem er die »Kontratieff- und Hegmonialzyklen« als zeitliche Einheit und die Staaten als »Recheneinheiten« des Weltsystems definiert hat (vgl. S. 22 und 27), kommt er (wiederholt) zu seiner Lieblingsfrage – der »Frage nach dem möglichen Ende des kapitalistischen Weltsystems« (S. 20) – zurück und stellt die Überlegung in den Raum, »ob nicht für das System an sich gilt, daß mit dem Überschreiten einer kritischen Größe – nicht des Wachstums, sondern der gesamten Investitionen und der gesamten Produktion – ein globaler Auflösungsprozeß induziert wird« (S. 27). Diese kritische Größe bestimmt er schließlich (mit Anschluß an Arbeiten von Leopold Kohr und Karl Polanyi) als »Umlaufgeschwindigkeit«, d.h. die Zeit, in der Individuen, Güter und vor allem

Informationen innerhalb der Grenzen des Weltsystems zu zirkulieren vermögen. Und hier sind es nicht zuletzt regionale wie globale Integrationsprozesse, die zu einer Steigerung der »Umlaufgeschwindigkeit« im Weltsystem beitragen und die Tendenz zur faktisch totalen Vernichtung von Raum und Zeit in der »Nullzeit-Übertragung« (S. 29) in sich bergen.

Ausgerüstet mit diesen Einsichten interessiert sich Dietrich vor allem dafür, warum die für das System eigentlich beruhliche Steigerung der »Umlaufgeschwindigkeit« via Ausweitung und Vertiefung von Integrationsprozessen trotz allem von den politischen Akteuren vorangetrieben wird, und stößt bei seiner Analyse auf den argumentativen Zusammenhang von Integration und Frieden (vgl. S. 34ff.). Als eigentlich zentrale Problemstellung des Projektes definiert er schließlich die Frage, ob die insbesondere im Fall der Europäischen Union behauptete wechselseitige Verflechtung von Integration und Friedenssicherung auch in Hinblick auf Integrationsbestrebungen »unter peripheren Bedingungen aufrechterhalten werden kann« (S. 40).

In den Abschnitten II und III, die den Hauptteil des Buches ausmachen, untersucht der Autor zunächst historische Aspekte der Integration in den von ihm gewählten Vergleichsregionen und Beispiele regionaler Integration unter peripheren Bedingungen. Nach mehr als 250 Seiten, auf denen sich sowohl eine Fülle von Informationen zu historischer Details als auch viele interessante, auf die jeweiligen Untersuchungsregionen bezogene Überlegungen finden, schreitet Dietrich zur »Conclusio« (S. 305ff.) – zur abschließenden Zusammenfassung der Ergebnisse. In Anbetracht der anfänglich doch recht forsch vorgebrachten Mutmaßungen über das herausziehende Ende des kapitalistischen Weltsystems, das sich der kritischen Zunahme der »Umlaufgeschwindigkeit« nicht durch »Entschleunigung« zu widersetzen vermag, nehmen sich die hier präsentierten Befunde doch überraschend bescheiden aus. Nachdem zunächst bestätigt wird, was von vornherein vermutet werden durfte, daß nämlich die von den Zentren des Systems weltweit beförderten regionalen Integrationsprozesse nicht zuletzt als »politische Herrschaftsakte« und »Methode einer kostengünstigen Bestandssicherung«

(S. 305) angesehen werden müssen, für die »die Sicherung von Frieden und Entwicklung« lediglich als »Emblem« (S. 306) dient, wird der vermeintlich drohende Systemzusammenbruch schlicht vertagt. Statt der eingangs vermuteten finalen Systemkrise wird sich die Welt nach Meinung von Dietrich doch wohl ersteinmal auf das »Kommen eines asiatisch-pazifischen Hegemonialzyklus« (S. 312) einrichten müssen. Was das nun aber für die Friedensforschung zu bedeuten hätte – darüber weiß der Autor dann eigentlich nichts einsichtiges mehr zu sagen. Am Ende bleiben die zagehaft vorgetragenen und reichlich spekulativ anmutenden Schlußfolgerungen jedenfalls doch auffällig weit hinter den ursprünglichen Intentionen des Projekts zurück.

ARNDT HOPFMANN

Loccumer Initiative kritischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler: Ökonomie ohne Arbeit – Arbeit ohne Ökonomie? Entwicklungstendenzen des Kapitalismus und politische Interventionen, Offizin Verlag Hannover 1997 (Kritische Interventionen – Flugschriften Kritischer Wissenschaft, Nr. 1), 145 S. (14,80 DM) (I); dies.: Weniger Arbeit – weniger Demokratie. Arbeitslosigkeit, Demokratiegefährdung und Neuverteilung der Arbeit. Entwicklungstendenzen des Kapitalismus und politische Interventionen, Offizin Verlag Hannover 1998 (Kritische Interventionen ... Nr. 2), 141 S. (14,80 DM) (II)

Manchmal ist es schon seltsam. Anregende Analysen der gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Lage findet der kritische Leser nicht unbedingt in renommierten Periodika oder Buchprogrammen saturierter Verlage. Kleine Wissenschaftsverlage in Ost wie West kämpfen ums Überleben und legen oft genau jene Arbeiten auf, die im Mainstream der offiziellen Wissenschaft ausgegrenzt, verlacht,

tabuisiert werden. Hier sind zwei Sammelbände der Loccumer Initiative kritischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu besprechen, die Ergebnis von Tagungen 1996 und 1997 sind, aber so bald nichts von ihrer Aktualität einbüßen werden. Auf Initiative von Michael Buckmiller, Heiko Geiling, Peter von Oertzen und Joachim Perels wollen diese Wissenschaftler »kritische Zusammenhänge ... bilden, Gegenöffentlichkeiten ... entfalten und damit ein Gegengewicht zur vorherrschenden geistigen Lähmung entstehen« lassen. Sie »sind überzeugt, daß die gegenwärtigen ökonomischen, sozialen und politischen Probleme neuartige, die alten Bahnen der tagespolitischen Rhetorik verlassende Lösungen und Denkansätze erfordern.« (I/S. 144)

Im Mittelpunkt beider Bände steht die Abrechnung mit einer neoliberalen, auf betriebswirtschaftliche Rentabilität gerichteten »Vernunft«, die vorgeblich die Globalisierung für schuldig an den laufenden sozialen Verwerfungen erklärt. Mit unterschiedlicher Konsequenz suchen einige Autoren eine politische Ökonomie des »ganzen gesellschaftlichen Hauses« in Tradition sowohl von Adam Smith wie Karl Marx wieder in ihr Recht einzusetzen.

Oskar Negt verweist auf Schwierigkeiten alternativen Denkens heute. Die »alten Symbole, Begriffe, Kategorien, in denen wir bisher gedacht haben, (treffen) die Verhältnisse nicht mehr mit Überzeugungskraft ..., neue (sind) dagegen noch nicht gefunden«. Vor allem beklagt er, daß selbst dort, wo diese Begrifflichkeiten – zumal dank des undogmatischen Marxismus – anwendbar erscheinen, diese »durch mannigfache Verrottungsprozesse enteignet wurden« (I/S. 9). Dabei verweist er natürlich auf das Ende des Realsozialismus, aber auch auf das Wirken korrupter Gewerkschaftsfunktionäre im Westen, die Genossenschaften u.dgl. diskreditiert haben.

Im Mittelpunkt von Negts Argumentation steht der Nachweis, daß sich mit der Dominanz des neoliberalen, die betriebswirtschaftliche Sichtweise verabsolutierenden ökonomischen Denkens und der ihr entsprechenden Politik eine tatsächliche Ideologisierung im Sinne falschen Bewußtseins vollzog, die in der Gegenwart vorherrschend geworden ist. Das hat Konsequenzen bis zum für das ökonomische und gesellschaftliche Handeln be-

stimmenden Menschenbild. Entweder der »universell verfügbare und allseitig bewegliche Mensch, völlig in die Funktionale abgerutscht, von innerlichen Bindungen jeglicher Art so weit gelöst, daß er jederzeit die erkannten Marktchancen wahrzunehmen bereit ist« (I/S. 13). Oder aber ein Mensch ganz anderen Zuschnitts: »eigensinnig, auf autonome Urteilsfähigkeit und eigentümliche Lebensstile bedacht, die rebellische Elemente enthalten« (I/S. 30). Ohne ein generelles »kulturelles Umdenken«, ohne ein Brechen mit der betriebswirtschaftlich fixierten »Ersten Ökonomie« durch eine ganzheitliche, die Gesellschaft in ihrer Komplexität beachtende »Zweite Ökonomie« wird aber ein solcher Durchbruch nicht zu erzielen sein. Solange werden aber die gesellschaftlichen Kosten einer solchen Nicht-Reform bei scheinbarer Effizienz der Unternehmen weiter wachsen und destruktiv auf die Gesellschaft zurückwirken. »Das Besondere, Partikulare, die betriebswirtschaftliche Mentalität erhebt sich in den Rang des Ganzen, tritt an die Stelle einer ›Ökonomie des ganzen Hauses‹, zehrt ... das Allgemein-Interesse vollständig auf.

Wenn aber ein Besonderes sich zum Allgemeinen macht, dann ist der Tatbestand klassischer Ideologiebildung erfüllt.« (II/S. 19) Genau das weist Michael Krätke für die dominierende Globalisierungs-These und die daraus abgeleiteten Forderungen nach einem angepaßten, sozial »verschlankten« Standort Deutschland nach. Für ihn gibt es zwar erhebliche Internationalisierungstendenzen des Kapitalismus. Er zeigt, daß die Fakten jedoch gleichzeitig eine andere Sprache sprechen. Zwar seien im Kapitalverkehr und den entsprechenden Transaktionen diese Prozesse real. Aber bereits bei den Handelsströmen und selbst im Agieren der Transnationalen Konzerne sei festzustellen, daß sie eher national oder regional funktionieren. Das sei besonders auch für Deutschland nachzuvollziehen, das zwar sehr tief in die europäische Wirtschaftsregion eingebunden ist, aber bei weitem nicht so wie deklariert, von weltwirtschaftlichen, globalen Prozessen berührt werde. Insbesondere am Beispiel der vermeintlich zu hohen Sozialkosten zeigt er, daß dies so nicht den Realitäten entspreche und gleichzeitig soziale Standards auch ein wichtiges standortsicherndes Argument sein können. Sein

Fazit: »Vieles wird im heutigen Globalisierungsdiskurs als vollendete Tatsache und unabwendbare, eherne Notwendigkeit hingestellt, was bestenfalls eine (technische) Möglichkeit oder eine Tendenz neben vielen anderen darstellt. Der Glaube an falsche Evidenzen und Notwendigkeiten, zum Volksvorurteil gesteigert, bedeutet in der Tat das Ende demokratischer Politik. Wer keine Wahl hat, kann nicht mehr entscheiden.« (II/S. 46/47) Gegen die neoliberale Tendenz, die Politiker zu Managern zu degradieren, die allein ein Großunternehmen in internationalen Konkurrenzkämpfen führen, will Krätke wie auch die anderen Autoren ein politisches Eingreifen gegen die »Ökonomisierung« der Gesellschaft. Dazu gehört eben dieses Entlarven von Ideologiekonstrukten und das Aufzeigen jener Schwachstellen, die tatsächliche Standortvorteile aufgeben wollen.

Negt ordnet Alternativstrategien in die Notwendigkeit »eine(r) grundlegende(n) kulturelle(n) und soziale(n) Umorientierung der gesamten industriellen Zivilisation, des Verhältnisses von Arbeit und Muße, der Beziehungen des Privatinteresses zur Öffentlichkeit, der industriellen Bedürfnisse zum Gemeinwohl« ein (I/S. 16). Um derart die Wirtschaft zu »domestizieren« und den breiten Umverteilungsprozeß wichtiger Ressourcen zu erreichen, werden verschiedene Alternativansätze diskutiert. Dabei treffen durchaus unterschiedlich Positionen aufeinander, so bei der Bewertung der Möglichkeiten eines »Bündnisses für Arbeit« (I/Bodo Zeuner, Hinrich Oetjen). Große Erwartungen werden in eine Verkürzung der Arbeitszeit (II/Claus Schäfer), in einen radikalen Überstundenabbau (II/Hermann Groß), eine neue Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau (II/Mechthild Jansen) und eine arbeitnehmerorientierte Teilzeitgestaltung (II/Birgit Pfau-Effinger) gesetzt. Kontrovers wird das Beispiel des Tarif-Kompromisses von VW diskutiert, wobei deutlich wird, daß es so mustergültig als Einstieg in eine 4-Tage-Arbeits-Woche gar nicht funktioniert. Immerhin wurde eine Arbeitsplatzsicherung bei Freizeitgewinn erreicht, ohne daß aber dieser Gewinn zugunsten der Familien und der Verbesserung der individuellen Situation zum Tragen kommen muß (II/Karsten Reinecke, Helmut Schauer).

Ein nur teilweise diskutierte Frage bleibt die nach den Zielstellungen gesellschaftlicher

Veränderungen. Inwiefern ist ein Ausbruch aus den vorgegebenen Lebensweisen möglich? Helmut Spitzley denkt über eine »qualitativ hochstehende, sozial und ökologisch verantwortbare ›lean consumption‹« nach, in der »überlegter und ballastfrei Kaufentscheidungen« getroffen werden sollen (I/S. 109). Für ihn – und implizit wohl für die anderen Autoren – ist eine neue Art von Solidarität erforderlich, beginnend »im Betrieb Arbeit und Einkommen fair zu teilen« (I/S. 115). Negt hat allerdings einleitend klar gemacht – und das wäre für die meisten der angestellten Alternativüberlegungen schon ausschlaggebend –, daß es nicht allein um eine neue Ethik gehe. »Ohne Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums und der Reichtumsproduktion, ohne Infragestellung des Produktionsmythos und des Warenfetischismus kann eine Umverteilung von Arbeitsplätzen nicht gelingen.« (I/S. 27)

Peter Grottian provoziert in dieser Richtung. Er will, daß alle Beschäftigten des öffentlichen (und halböffentlichen) Dienstes, der Kirchen und Wohlfahrtsverbände im Interesse der Schaffung neuer Arbeitsplätze Einkommenseinbußen in Kauf nehmen. Die oberen Gehaltsgruppen würden auf 10 Prozent Gehalt verzichten und 10 Prozent weniger arbeiten. Die mittleren Gehaltsgruppen jeweils um 5 Prozent reduzieren und nur die unteren Gehaltsgruppen erhielten einen Inflationsausgleich. So würden 2-300.000 neue Arbeitsplätze entstehen. (II/S. 56) Eine weitere halbe Million sollte durch die Steuerbürger in ihrem Lebensumkreis direkt finanziert werden, eine weitere Million durch Bank- und öffentliche Kredite. All das sind noch Gedankenexperimente. In einem entsprechenden politischen Klima könnten sie verwirklicht werden – als Einstiege. Die Sorge, daß die Vernichtung von Arbeit zu Gefahren für die Demokratie werden könnte – nicht nur durch sozial Deklassierte, sondern auch durch die bestehenden Institutionen und die sie tragenden gesellschaftlichen Kräfte im Sinne von »law and order« und dem Druck auf die Annahme minderbezahlter Arbeit (II/Jürgen Seifert), weisen auf jene Gefahren und Chancen hin, die es nicht nur zu diskutieren gilt.

STEFAN BOLLINGER